



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/126 - 3.6.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 939 600

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Weg ins Dunkle	S. 1
Titos grosser Erfolg	S. 3
Der politische Klerus und die CDU	S. 4
Der "gute Start" in Hannover	S. 6

Stalingrad der Wiedervereinigung?

-tt. "Der Bundesminister Adenauer hat blank gezogen." Dieses Wort voll grimmigen Humors hat ein prominenter CDU-Journalist geprägt, dem seit Pfingstsonnabend Glauben und Zuversicht zugleich zu zerbrechen beginnen. An diesem Pfingstsonnabend, an dem Adenauer sein Nacht- und-Nebel-Freiwilligengesetz an den Bundesrat schickte, ist vom Regierungschef der Bundesrepublik ein Weg beschritten worden, bei dem nicht nur das Ende, sondern schon die Gallernächste Strecke in Dunkel gehüllt ist. Dabei geht es gar nicht mehr so um die Frage, die noch am 27. Mai im Bundestag Koalition und Opposition schroff gegenübergestellt sah: ob man nämlich jetzt, da die Pariser Militärverträge nun einmal eine Realität geworden sind, die Verwirklichung ihrer militärischen Konsequenzen für die Bundesregierung zunächst abstoppen soll, wie das die Opposition leider vergeblich gefordert hat, oder ob man um der sogenannten Vertragstreue willen diese Verträge in die Tat umsetzen soll, wie das die Koalitionsmehrheit beschlossen hat.

Mit tiefem Erschrecken erkennt die ganze Bevölkerung Westdeutschlands, gleich ob Anhänger oder Gegner Adenauers, dass der alte Mann, den der Propagandamythos zum par excellence gestempelt hat, nichts mehr anderes als sein Heer will, unerbittlich wie Snylock und rücksichtslos wie ein Autokrat. Das geschieht nicht etwa deshalb, weil dieses Adenauer-Heer die westliche Verteidigungsposition stärken oder gar sichern könnte. Diese heroische Begründung, in der er Jahre lang seine

SPD-Pressedienst

P/X/126

- 2 -

3.6.1955

Politik befürwortete, liess der Kanzler am 27. Mai im Bundestag selbst leichtfertig unter den Tisch fallen - ein blosser Fetzen Papier nur noch, nachdem die Pariser Verträge unter Dach und Fach sind.

Adenauer braucht vielmehr "seine" Soldaten, um mit dem Blitz seiner Bajonette "grosse Politik" treiben zu können. Gestützt auf die Scheuklappen-Berichte seiner "Yes-men" wirft er die Bundesrepublik als "soveräne Militärmacht" in die westliche Waagschale, um zu verhindern, dass die internationale Entwicklung eine andere, als die Richtung nehmen könnte, die unter gänzlich anderen Umständen in einer Zeit begonnen hat, in der man in den Hauptstädten der Welt als Alternative zu dem Kalten Krieg noch ausschliesslich den Heissen Krieg sah. Als vor einigen Tagen bekannt wurde, dass Adenauer schon wieder nach den USA fliegen werde, meldete die "New York Herald Tribune", der Kanzler wolle in Washington alles tun, um Eisenhower am Festhalten an der alten starren Aussenpolitik zu bewegen. Und in der aussenpolitischen Debatte hob Adenauer als "praeceptor americae" den Finger, um Amerika zu warnen. Als ob uns Deutschen die Welt dieses penetrante Fingerheben noch nicht vergessen hätte!

Wir stehen vor einer tödlichen Gefahr. Wir müssen damit rechnen, dass die internationale Entwicklung über den alten Kann im Palais Schaumburg und über seine vorgestrigte Politik hinweggeht. Die Politik der Welt ist in rasche Bewegung geraten. Ehe wir es uns versehen haben, könnte eine Verständigung erzielt worden sein, bei der die deutsche Frage im Sinne einer Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären geregelt wird. Urplötzlich könnte das Problem der deutschen Einheit und mit ihm das ganze deutsche Volk in eine weltpolitische Igelstellung zurückgedrängt sein, wenn man schon die Sprache verwenden will, die im Bonn des Aufrüstungsfanatismus heute wahrscheinlich am besten verstanden wird. Und in diesem weltpolitischen Kessel könnte, ehe wir dessen recht bewusst geworden sind, die deutsche Wiedervereinigung in einem zwar unblutigen, aber nicht weniger schmerzlichen Stalingrad untergegangen sein.

Es kann niemand mehr sagen, er hat das nicht gewusst, es darf niemand mehr sagen, er hat es nicht gewusst. Es gibt keine Kollektivschuld für einen Totschlag an der deutschen Einheit.

+ + +

- 3 -

Genugtuung in Jugoslawien

sp. Eine Welle von Genugtuung und gesteigertem Selbstbewusstsein geht durch Jugoslawien. Die Politik der Unabhängigkeit und des Heraushaltens aus den lebensgefährlichen Blöcken trug guten Lohn, die Position dieses Landes in der internationalen Politik wird nun auch von der Sowjetunion feierlich anerkannt und respektiert.

Das ist ein weltgeschichtliches Ereignis erster Grössenordnung, dessen Auswirkungen nicht abzusehen sind. Erstmals in der Geschichte der Sowjetunion verzichtete Moskau auf die Unterordnung eines kommunistischen Staates unter seine Befehlsgewalt, es beendete eine bittere siebenjährige Auseinandersetzung mit der Anerkennung des Grundsatzes der Gleichberechtigung und lieferte so den ersten überzeugenden Beweis für Politik einer "aktiven Koexistenz".

Es hat über diesen Besuch der sowjetrussischen Regierungsdelegation, der die Aufmerksamkeit der Welt erregte wie kaum ein anderes Ereignis der letzten Zeit, viel Unruhe und Ratselraten gegeben. Jene Propheten, die einen Umfall Titos und seine Rückkehr in den Schoos Moskaus voraussagten, sind gründlich irreführt worden. Nicht Tito hatte Ursache, sein Verhältnis zur Sowjetunion zu revidieren, sondern Moskau war es, das eine Kehrtwendung in einem atemberaubenden Tempo vollzog.

Nichts versinnbildlicht mehr die Abkehr von der imperialistischen Politik des Stalinismus als die neue Grundlage der sowjetrussisch-jugoslawischen Beziehungen. Die Nachfolger Stalins meinen es ernst mit der Politik der Entspannung, sie haben erkannt, dass die Fortsetzung der stalinistischen Expansion die Sowjetunion in eine existenzbedrohende Lage gebracht hätte und dass um der eigenen Sicherheit willen die Beziehungen zur Umwelt normalisiert und entgiftet werden müssen. Die gemeinsame sowjetrussische-jugoslawische Erklärung ist ein Sieg der russischen Staatsräson über die Weltrevolutionstheorien des Bolschewismus. Diese Staatsräson nimmt auch die unvermeidlichen Rückwirkungen dieses Besuches bei den Satelliten in Kauf, in denen der "Titoismus", als untergründige Strömung immer vorhanden, neuen Einfluss gewinnen dürfte.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Kommuniqués erging von Belgrad eine Einladung zu einer Konferenz der jugoslawischen Regierung mit den Botschaftern der drei Westmächte. Der jugoslawische Marschall wird in der Lage sein, die Bedenken zu zerstreuen, die bestanden und den Schleier zu lüften, der über diese Begegnung mit den Spitzenmännern der Sowjetunion lag. Wie kaum ein anderer Staatsmann Europas und der Welt besitzt er eine intime Kenntnis der sowjetrussischen Mentalität. Sein Wort wird nicht in den Wind zu schlagen sein.

Inkonsequente Parteinahme

W.P. Der Verlauf der Wahlkämpfe in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz hat die Bestätigung erbracht, dass der deutsche katholische Klerus und im Gefolge damit die katholischen Organisationen und Publikationen noch immer nicht zu der Einsicht gelangt sind, sich aus parteipolitischen Angelegenheiten herauszuhalten.

Nach der massiven Beeinflussung der kath. Bevölkerung bei der letzten Bundestagswahl, als von der Kanzel wie in den Kirchenzeitungen gegen den Sozialismus und den Liberalismus schwerstes Geschütz aufgeführt und stärkster Gewissensdruck auf die Gläubigen ausgeübt wurde, haben die Bischöfe durch die Kanzel auch bei den inzwischen erfolgten Länderwahlen die kath. Wähler zugunsten der CDU zu beeinflussen versucht, ohne dass die übrigen Parteien ein solches Verhalten auch nur im geringsten provoziert hätten. Die Wahlunterstützung für die CDU ging ja - wie bekannt ist - soweit, dass die Zentrumspartei Rheinland-Pfalz "angesichts des Gewissensdruckes, der seitens kirchlicher Stellen auf die Kandidaten und die Anhängerschaft des Zentrums ausgeübt wurde" überhaupt darauf verzichten musste, "sich an der Wahl zu beteiligen", weil offensichtlich der Klerus es nicht ertragen konnte, zwei gleichermassen kath. Parteien am Wahlkampf teilnehmen zu sehen.

Mißbrauch der Religion

Über die Aktivität kath. Stellen in den Wahlkämpfen der letzten Zeit liegt eine solche Fülle von Material vor, dass sich der SPD-Vorsitzende Ollenhauer erst kürzlich veranlasst sah, zu bemerken, die SPD bereite ein Schwarz-Buch vor, das sich mit dem Mißbrauch der Religion und des kirchlichen Amtes für eine einseitige Parteipropaganda zugunsten der CDU befassen soll.

Was jedoch die kürzlich erfolgten Länderwahlen in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz hervorhebt, sind nicht die Hirtenworte der Bischöfe und die offene Beeinflussung der kath. Wähler zugunsten der CDU, sondern dass diese mit Argumenten und angesichts von Tatsachen erfolgte, die dies Verhalten den Wählern gegenüber unaufrichtig und im ganzen inkonsequent erscheinen lässt. So traten die Bischöfe in Niedersachsen für die CDU mit dem Argument ein, "damit das niedersächsische Schulgesetz revidiert wird und die kath. Schulen im Lande Niedersachsen erhalten bleiben",

obwohl sie selbstverständlich wissen müssten, dass die CDU in Niedersachsen niemals allein eine Regierung bilden, sondern auch bei einem aussergewöhnlichen Erfolg auf Koalitionspartner angewiesen sein würde. D.h., dass sie mit Parteien würde zusammenarbeiten müssen, die das bekämpfte Schulgesetz mit verabschiedet und bereits im Wahlkampf erklärt hatten, die Beibehaltung des Schulgesetzes würde die Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung bleiben.

Schweigen um Schlüter

Die Bischöfe zwangen also die katholischen Gläubigen unter Hinweis auf das Schulgesetz und unter Gewissensdruck zur Wahl der CDU, obwohl das umstrittene Schulgesetz in der Wahl de facto nicht mehr zur Entscheidung stand. Sie schwiegen demgemäss, als nach der Wahl die ersten amtlichen Kommentare der CDU-Führung erkennen liessen, dass man sich in Fragen der Landespolitik - z. B. in der Schulfrage - entgegenkommend zeigen werde und dass die 2/3 Mehrheit im Bundesrat entscheidend sei. Sie schwiegen auch, als das stets die besondere Aufmerksamkeit der Kirche findende Kultusministerium mit dem bekannten neofaschistisch gesinnten Abgeordneten Schlüter besetzt wurde.

Wie die Rektoren der Göttinger Universität und viele andere, die gegen das Auftreten dieses Mannes protestiert haben, hätte auch die katholische Kirche in Niedersachsen die Besetzung des Kultusministerpostens durch Schlüter zum Anlass für einen Protest nehmen können, wenn es ihr um die im Wahlkampf vorgebrachten Argumente um das Schulgesetz hinreichend ernst ist.

Regierungsgemeinschaft mit "nichtchristlichen" Parteien

Ähnlich ist die Lage in Rheinland-Pfalz, wo ebenfalls Hirtenworte der Bischöfe aufgefordert hatten, "christlich zu wählen". Der Katholik könne keine Kandidaten wählen, die seinen Kindern die katholische Schule vorenthalten wollten und das "von Gott gegebene Elternrecht" verneinen. In Rheinland-Pfalz bildet die CDU jedoch wieder gemeinsam mit der FDP die Regierung.

Wenn der Klerus nur eine einzige Partei als "christlich" anerkennt, andererseits aber gegen eine Regierungsgemeinschaft mit den "nichtchristlichen" Parteien nichts einzuwenden hat, ja sogar ohne

offenen Protest die Ernennung eines Mannes zum Kultusminister duldet, der nicht nur wegen seiner antidemokratischen Gesinnung, sondern auch hinsichtlich seines der klerikalen Wahlkampforderungen entgegengesetzten Standpunktes bekannt ist, so spricht daraus eine nur geringe Bewertung des freien politischen Willens und der selbständigen Meinungsbildung der katholischen Wähler. Im Interesse der Festigung und Erhaltung der Demokratie gibt diese Tatsache tief zu denken.

* * *

"Guter Start"

- - - - -

sp. Seit Tagen füllen Berichte über den Fall Schlüter, der weniger ein Fall als ein Skandal ist, die Zeitungen, kaum eine Nachrichtensendung im Rundfunk, die nicht darauf einginge, von Kommentaren ganz abgesehen. Die Begründung dafür, weshalb Herr Schlüter gerade als Kultusminister unmöglich und untragbar ist, stützt sich auf eine ganze Reihe von unwiderlegten Tatbeständen. Andererseits hat noch niemand aus dem Freundeskreis Schlüters auch nur einen einzigen Grund für seine besondere Eignung für diesen Posten angeben können. (Es sei denn, man denkt an den Vers aus dem alten Studentenlied: denn sie konnten keinen Besseren finden ...) Und weiter: Es hat in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte keinen Fall gegeben, in dem eine neuernannte Regierung bzw. eines ihrer prominentesten Mitglieder so viel leidenschaftliche Diskussionen und Abwehr hervorgerufen hat.

Aus Hannover aber wurde eine Meldung verbreitet, die niedersächsische Landesregierung habe am Donnerstag unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Hellwege ihre erste Kabinettsitzung abgehalten. Hellwege habe dabei auf den guten Start hingewiesen, den das neue Kabinett in der Öffentlichkeit gehabt habe.

Ist Herr Hellwege ein hintergründiger Spassvogel? Ein Mann mit der selteneren und erfreulichen Gabe der Selbstironie, und hat er davon hier Gebrauch gemacht? Oder glaubt er aber wirklich, ein Urteil aus dem Munde eines niedersächsischen Ministerpräsidenten genieße in solchem Umfange Autorität und Anspruch auf Glaubwürdigkeit, dass er aus schwarz weiss oder, sagen wir, aus dunkelbraun hellblau machen kann. Das wird ihm niemand abnehmen. Verantwortliche Politiker in seiner Position sollten sich hüten, solchen offenkundigen Unsinn von sich zu geben, die der schlichteste Geist als solchen erkennen muss. Er wird sonst auch mit besser fundierten Ansichten nicht ernst genommen.

* * *

Verantwortlich: Albert Exler